

Sturm auf den Reichstag?



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor Kurzem habe ich eine E-Mail eines Zahnarztes erhalten, die eine ganze Reihe von Vorwürfen gegenüber der Standesvertretung enthielt. Der Tenor: Die zahnärztlichen Körperschaften leisten keinen Widerstand gegen unsinnige gesetzliche Vorgaben, sind keine Interessensvertretung und dafür verantwortlich, dass der Zahnarztberuf immer unattraktiver wird.

Dabei berief sich der Verfasser unter anderem auf das letzte Rundschreiben (5/2020), in dem wir über aktuelle Digitalisierungsprojekte von Jens Spahn informierten. Meine Vorstandskollegen und ich sind für konstruktive Kritik jederzeit offen, doch diese E-Mail offenbart eine gefährliche Geisteshaltung und mangelndes Demokratieverständnis. Die pannenbehaftete Telematik-Infrastruktur, der elektronische Heilberufsausweis mit einer nicht kostendeckenden Erstattungspauschale, die elektronische Patientenakte, das E-Rezept – all diese Spahnschen Projekte gehen auf Gesetze zurück, für die es parlamentarischer Mehrheiten bedurfte. Das gilt übrigens auch für die Covid-19-Schutzverordnung, die zweifellos eine massive Ungleichbehandlung der Zahnärzte gegenüber Ärzten und Krankenhäusern darstellt. An massiven Protesten seitens der zahnärztlichen Körperschaften fehlte es wahrlich nicht. Wir haben einstimmige Resolutionen verabschiedet, seitenlange Brandbriefe geschrieben, stundenlang mit Politikern telefoniert, die Öffentlichkeit informiert – geholfen hat das alles nichts. Ich weiß nicht, was der E-Mail-Schreiber von uns erwartet. Sollen wir wie Covidioten, Reichsbürger und Verschwörungstheoretiker zum Sturm auf den Reichstag blasen?

Aber wenn unser Beruf wirklich so unattraktiv ist: Warum ist die Nachfrage nach Studienplätzen für Zahnmedizin höher denn je?

Ich verzichte an dieser Stelle auf eine Aufzählung der zahlreichen, konkreten Verbesserungen, die wir durch unsere sachliche und konstruktive Arbeit erzielen konnten. Die Vergütungsvereinbarung mit der AOK Bayern, über die wir in diesem Heft informieren, ist das beste Beispiel dafür. Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns durch derartige Mails nicht entmutigen lassen. Und selbstverständlich werden wir Sie auch künftig offen und ehrlich über neue gesetzliche Vorgaben informieren – auch wenn sie nicht in unserem Sinne sind.

Ihr

Dr. Manfred Kinner

Mitglied des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns

Inhalt

Vertragsverhandlungen KZVB/AOK	4
Bayerischer Zahnärztetag	5
Informationskampagne BLZK/KZVB	6
Zahnarztnetzwerke nutzen Corona	6
AOK Bayern scannt HKP ein	7
eazf nach Corona	8
eHBA: Leserliche Datenbögen	9
Kompensation für Hygieneaufwand	10
Telemedizin	12
Tag der Zahngesundheit	13
eazf Fortbildungen	14
Programm/Anmeldung Zahnärztetag	16
Abrechnung transparent	18
Impressum	19